

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 44

Erscheint Donnerstags. 2. Jahrgang vierteljährlich 1,50 M. ohne Postzuschlag. Nur Postbezug. Bezahlung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin E. 59, Urbanstr. 63 I. Telefon: Merit. 5673

Berlin, den 24. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 90 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Erstausgabe 60 Pfennig; Veranlagungsanzeigen 100 Pfennig. Der Ringdruckpreis ist vorher zu nicht zu

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 44. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

1. Anstellung eines Verbandsbeamten in Dresden. Der seit Anfang dieses Jahres als Angestellter tätige Kollege Walter Gash gibt seine Stellung auf eigenes Verlangen auf und kehrt zum Beruf zurück. Es ist deshalb notwendig, die Stellung anderweitig zu besetzen.

Die Tätigkeit des neu anzustellenden Beamten hat sich zu erstrecken auf die Unterstützung und Vertretung des Bevollmächtigten. Er soll in allen Sparten des Berufs fachkundig und insbesondere mit der Kartonnagenindustrie vollständig vertraut sein. Die Bewerber müssen 5 Jahre der Organisation angehören, der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig und mit allen Organisations- und Verwaltungsarbeiten vollständig vertraut sein. Die Wahl wird durch Urwahl der Mitglieder in Dresden vorgenommen.

Die Anstellung erfolgt unter den in der Sitzung des Rates vom 18. Februar beschlossenen und in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ vom laufenden Jahre bekanntgegebenen Bedingungen. Zu den dort veröffentlichten Gehaltsföhen kommt jetzt eine Teuerungszulage von 300 M. monatlich hinzu.

Die Bewerbungsschriften müssen von den Bewerbern eigenhändig geschrieben sein und eine kurze Schilderung des Lebenslaufes und Angaben über die bisherige Tätigkeit für den Verband enthalten; sie sind in drei Exemplaren auszufertigen bis spätestens zum 8. November an den Verbandsvorstand einzusenden.

Der Antritt der Stellung müsste tunlichst bald erfolgen.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr pro Woche in:

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
Sagen	50 Pf.	15 Pf.
Quisburg-Ruhrort	50	30
Mülheim-Ruhr	30	20

3. Die Berichtsarten für das Statistische Reichsamt (graue Karten) sind in der abgelassenen Woche an die Kassierer der Gaue und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt in diesem Monat der 30. Oktober in Betracht.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtsarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226 bis 227, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Wir bitten die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die Berichtsarten rechtzeitig ausgefüllt und dann sofort an uns eingesandt werden. Diese müssen spätestens am 6. November bei uns eingetroffen sein.

Der Verbandsvorstand.

## Die 4. Internationale Buchbinderkonferenz.

(Schluß).

Die Frage der Finanzierung des Internationalen Sekretariats wurde einer Kommission zur Prüfung überwiesen, da infolge des unterschiedlichen Geldwertes ein einheitlicher fester Satz nicht angewandt werden kann. Auf Vorschlag dieser Kommission wurde dann beschlossen, für je 100 männliche Mitglieder zwei Stundenlöhne der höchsten Lohnklasse im teuersten Ort jedes Landes, für je 100 weibliche Mitglieder einen Männerstundenlohn in gleicher Art als Beitrag an das Internationale Sekretariat abzuführen und die angeschlossenen Organisationen zu verpflichten, alle rückständigen Beiträge nachzuzahlen. — Beslossen wurde ferner, über die Arbeitsdauer und die Lohnhöhe statistische Erhebungen zu veranstalten, nachdem die Vertreter Englands deren Notwendigkeit kurz begründet hatten. — Ein Antrag Grünfelds, Wien, eine umfassende Aktion zum Anschluß aller dem I. V. E. noch fernstehenden Organisationen einzuleiten und zu diesem Zweck das „Mitteilungsblatt“ des I. V. E. auszugestalten und in kürzeren Zeiträumen erscheinen zu lassen, wurde ebenfalls angenommen. Dabei soll jede der angeschlossenen Organisationen gehalten sein, über jede größere Lohnbewegung, über Arbeitszeit, Zahl der Arbeitslosen usw. zu berichten und überdies mindestens einmal im Jahr einen gedrängten Bericht über alle wichtigeren Vorkommnisse einzusenden. — Eine längere Diskussion verurteilte ein weiterer Antrag Grünfelds, Wien, der der Heimarbeit, die insbesondere in der Papierwarenindustrie und in der Papierfäherzeugung zum Schaden der Arbeiterschaft anzutreffen ist, die größte Aufmerksamkeit zuwenden will. In der angenommenen Entscheidung heißt es, daß die Heimarbeit eine Quelle der unglücklichsten Elaverei und als ekendeste Ausbeutungsmöglichkeit der schrecklichsten Art anzusehen ist. Für die Heimarbeiter sind die Arbeiterschutzgesetze und die vereinbarten Entlohnungen zumeist illusorisch und sie bilden dadurch für den einzelnen Unternehmer einen Anreiz, lieber Heimarbeit als Arbeit in den eigenen Betrieben zu vergeben. So wird die Heimarbeit zur Konkurrenz und der Arbeiterschaft hinderlich in ihren Emanzipationsbestrebungen. Harraway-England berichtete, daß die britischen Organisationen der Frage der Heimarbeit seit langem eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet haben, jetzt sei die Heimarbeit fast völlig verschwunden. Zudem könnten in dieser Sache die einzelnen Landesorganisationen mehr tun als das I. V. E. — Die Vertreter von Italien und van Staehen-Brüssel berichteten, daß Heimarbeit tariflich verboten sei. In Belgien sei nur in der Pappenverarbeitung Heimarbeit anzutreffen. Das gleiche berichtete Hochstrasser-Vern von der Schweiz. Dieser, als auch v. d. Waal-Amsterdam verwiesen u. a. auch darauf, daß sich ihre Unternehmer stets auf die Heimarbeit in Deutschland bezögen. Hauelsen-Berlin erklärte, daß die Deutschen immer für eine Bekämpfung der Heimarbeit eingetreten seien. Ihre Vesteitigung sei noch nicht durchführbar gewesen, doch sind in den Tarifen durch besondere Bestimmungen möglichst genau umrissene Vorschriften über die Heimarbeit enthalten. Das Streben des deutschen Verbandes gehe dahin, diese Arbeitsmethode immer weiter einzuschränken, zumal einzelne Gegenden fast nur von der Heimarbeit ex-

istieren. Daß das Ausland mit den Produkten der Heimindustrie überschwemmt werde, habe seine Ursache im schlechten Stand des deutschen Geldes, der ja auch erst den Ausverkauf Deutschlands ermöglicht habe. — Von einer Konferenz der Verbände in Schweden, Dänemark und Norwegen war beantragt worden, die Einführung einer internationalen obligatorischen Streikunterstützung zu beraten. Die Konferenz kam zur Auswertung dieses Antrages, da er zurzeit noch nicht durchführbar sei. Aas-Kristiania bemerkte dazu, daß die Antragsteller selbst nicht damit rechnen, daß schon die jetzige Konferenz sich im zustimmenden Sinne äußern könne. Es solle durchaus nicht eine Organisation für die andere zahlen sondern jede nur nach Maßgabe der Mitgliederzahl des kleinsten angeschlossenen Verbandes. Die Schwierigkeit der unterschiedlichen Geldbewertung werde auch von ihm nicht verkannt. Auf Vorschlag van Staehen-Brüssel wurde den skandinavischen Vertretern anheimgelassen, der nächsten Konferenz positive Vorschläge zu unterbreiten.

Eine längere Aussprache verurteilte Anträge der skandinavischen Verbände zur Regelung der Arbeitsnachweise. Aasmussen-Kopenhagen erklärte dazu, daß wohl eine Vorschrift bestehe, nach der sich Zureisende innerhalb 14 Tagen zu melden hätten, aber meistens geschehe das nicht. Viele Zureisende nehmen Arbeit an, ohne sich um die Lohnverhältnisse zu kümmern. Das müsse verhindert werden. Es soll durchaus nicht die Zu- und Einreise verhindert werden, man wolle lediglich einen Schutz gegen Lohnunterbietungen. Zureisende sollten verpflichtet werden, sich anzumelden, noch ehe sie Arbeit annehmen. — Heftig kritisiert wurde das Verhalten der holländischen Organisation, für die v. d. Waal-Amsterdam erklärte, daß sie für die Folge kaum noch Reiseunterstützung zahlen werde, um sich vor einer Überflutung durch Ausländer zu schützen. Jetzt werde die Unterstützung nur noch in Rücksicht auf die internationalen Beziehungen gezahlt. In Holland könne — gleich wie in England — niemand Arbeit erhalten, der nicht Mitglied des Verbandes sei. Viele Unternehmer verjüchen aber durch Einstellung von Ausländern auf die Lohnverhältnisse zu drücken. Viele kommen nach Holland, nicht um zu arbeiten, sondern nur zur Durchreise. Die dadurch entstehende große Belastung könnten sie nicht tragen. In Holland werde mit den realen Tatsachen gerechnet und nicht mit Schlagworten operiert, und darum sei es besser, jetzt zu sagen, was ist und nicht später die Grenzen zu sperren. — Hauelsen-Berlin empfiehlt, die Anträge dem Sekretariat zur weiteren Erledigung zu überweisen. Die Haltung der holländischen Kollegen sei unverständlich und stehe im Widerspruch zum Geist der Internationale. Was sollen z. B. die deutschen Kollegen tun, wenn sie im eigenen Lande keine Arbeit erhalten können? Dann müssen sie sich im Auslande nach Arbeit umsehen. Darum müssen wir die internationale Solidarität verlangen, um so mehr, als der deutsche Arbeiter so geschult ist, daß er nicht zum Lohnbrüder wird. Die Freizügigkeit darf nicht beschränkt werden, am wenigsten durch die Arbeiterschaft selbst. — Aasmussen-Kopenhagen, Weidenhagen-Stochholm, Hochstrasser-Vern und Aas-Kristiania schließen sich diesen Ausführungen im wesentlichen an, verlangen jedoch, daß sich jeder Zureisende sofort anzumelden hat. — Von der Waal-Amster-

dam versucht nochmals, die Haltung der Holländer zu rechtfertigen. — Beschlossen wurde nach weiterer Debatte, alle in ein anderes Land Reisenden zu verpflichten, sich sofort anzumelden. Im übrigen wurden die Anträge dem Sekretariat zur Prüfung und evtl. Erledigung überwiesen. — Gewünscht wurde weiter ein Austausch der Hauptadressen jedes Verbandes und ein Austausch der Fachblätter. — Die Vertreter Italiens brachten einen Antrag ein, der an Stelle der Aufnahme in kleine Verbände nach Möglichkeit den organisatorischen Zusammenschluß aller Zweige einer Industrie zu großen Industrieverbänden verlangte. Im Italien sei das Experiment, die Buchbinder, die Arbeiter bei der Erzeugung des Papiers, die Kartonnagen- und Papierwarenarbeiter und die Techniker dieser Branchen zusammenzufassen, vollkommen gelungen zum Vorteil aller Beteiligten. Sie wünschten deshalb, daß diese zusammenfassende Tätigkeit in allen Ländern vorgenommen wird. Dem Internationalen Sekretariat sei deshalb die Aufgabe zu stellen, in diesem Sinne zu arbeiten, damit wir bald zu einer großen internationalen Organisation aller im Dienste des Papiers (und der Pappe) stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen kommen. — Diese Ausführungen wurden von Hall-England unterzogen. — Hauelsen-Berlin konnte erklären, daß auch von der deutschen Organisation der graphische Industrieverband erstrebt werde. Aber man dürfe nicht die verschiedene Entwicklung der Organisationen in den einzelnen Ländern übersehen. In Deutschland z. B. gehören die in der Papierherstellung Tätigen dem Fabrikarbeiterverband an. — Der Antrag der Italiener fand Annahme mit der Deklaration, daß die organisatorischen Verhältnisse der einzelnen Länder dabei berücksichtigt werden. — Ohne Debatte wurde eine Resolution der skandinavischen Vertreter dem Internationalen Sekretariat zur weiteren Erledigung überwiesen, in der konstatiert wird, daß die gegenwärtige Ordnung der Reiseunterstützung insofern nicht zufriedenstellend ist, als es Länder gibt, die Reiseunterstützung in einer Höhe ausbezahlen müssen, die in keinem Verhältnis zu dem steht, was ihre eigenen Mitglieder in anderen Ländern beziehen; eventuell sollte die Unterstützung von dem Lande zurückgeführt werden, dem der Eintreffende entstammt.

Auf Vorschlag des Kollegen Kas. Kristiania übermittelte die Konferenz einstimmig der italienischen Arbeiterschaft ihren Gruß und sprach ihr ihre Sympathie und ihr Verständnis für den entsetzlichen Kampf zur Abwertung des kapitalistischen Joches aus. Die Aktion der italienischen Arbeiterschaft wird mit großem Interesse verfolgt und wird ihr ein voller Erfolg in ihrem Bestreben gewünscht in der sicheren Überzeugung, daß der Sieg der italienischen Arbeiterschaft zum Nutzen für die Arbeiter in allen anderen Ländern sein wird. Die Vertreter Italiens dankten für diese Sympathiebekundung und berichteten dabei, daß die Okkupation der Betriebe durchgeführt hätten. Hier sei eine Nachahmung durch die anderen Länder notwendig. Sollten aber noch größere Differenzen entstehen, dann müßten sie um die Unterstützung der Internationale bitten. Ihr Hauptziel sei zunächst die Kontrolle der Fabriken, und das müßte auch in anderen Ländern geschehen. Diese ökonomischen Bestrebungen im Statut der internationalen Organisation festzulegen, empfehlen sie dringend.

Hierauf wurde in die Beratung darüber eingetreten, in welchem Lande künftig der Sitz des Internationalen Sekretariats sein soll. Die 1. Konferenz (Nürnberg 1907) hatte Deutschland als Sitz bestimmt. Der Vorsitzende des deutschen Verbandes sollte zugleich Internationaler Sekretär sein. Als Sitz des Sekretariats kamen jetzt in Vorschlag Belgien, Schweiz und Deutschland, deren Vertreter sich zur Annahme des Mandats bereit erklärten. Hochstrasser-Bern erklärte hierzu, daß es im Interesse der besseren Verknüpfung der internationalen Beziehungen zurzeit besser ist, wenn das Sekretariat nach einem anderen Lande verlegt werde. Er betonte in seinen längeren Ausführungen, daß niemand sagen könne, daß die deutschen Kollegen nicht fähig seien zur Übernahme, man sei diesen im Gegenteil für deren seitherige Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Die Schweizer Vertretung könne ihrem Lande ihre Zustimmung geben, das mit am Kriege beteiligt gewesen sei. Van Staeyen-

Brüssel: Da die Konferenz selbst den Sekretär zu wählen habe, müsse er für Belgien vorzuziehen; anders sei es, wenn die Wahl desjenigen dem belgischen Vorstand überlassen bleiben könne. Hauelsen-Berlin konnte sich im Namen der deutschen Delegation auf die Ausführungen Greulichs berufen, die gezeigt haben, daß die deutsche Arbeiterschaft schon seit vielen Jahrzehnten größere und festere internationale Verbindungen erstrebt habe und daß sie die erste gewesen sei, die die internationalen Beziehungen gepflegt habe. Wenn auch zugegeben werden kann, daß der Krieg Mißtrauen gebracht habe, so müsse doch bestimmt erklärt werden, daß die Deutschen nach wie vor würdig und befähigt seien, die Geschäfte des Internationalen Sekretariats zu führen. Aber diese halten nicht unter allen Umständen daran fest, das Sekretariat im Lande zu haben und sie werden jederzeit ihre Pflicht zur Pflege der internationalen Solidarität erfüllen, damit das Sekretariat auch arbeiten kann. Aber wenn Deutschland das Sekretariat nicht behalten soll, dann könne auch kein Land damit betraut werden, das ebenfalls mit am Kriege direkt beteiligt gewesen sei. Bei einer Verlegung würde die deutsche Delegation darum für die Schweiz stimmen. Weidenhagen-Stockholm sprach den Deutschen Dank für diese offene Ansprache. Auch er plädiert für ein neutrales Land (Schweiz), nicht aus Mißtrauen gegen Deutschland, sondern nur im Interesse des besseren Zusammenarbeitens. Ein Vertreter Italiens hielt die Erklärung der Deutschen für nicht am Platze, da ja keinerlei Vorwürfe gegen diese erhoben worden seien. Auch er sprach für die Wahl der Schweiz. Van der Waal-Amsterdam: Den Deutschen sei von der Buchbinder-Internationale sehr viel zu danken. Würde sich England für Deutschland erklären, dann stünde der Wahl Deutschlands nichts im Wege. Leider sei das nicht der Fall, und so läge nur die Schweiz in Frage. Deutschland habe immer die besten Gewerkschafter gestellt, und wenn der Krieg nicht gewesen wäre, dann würden wir heute über eine Sitzverlegung gar nicht reden. Paraway-England erklärte, daß die Engländer kein Gefühl des Hasses oder Mißtrauens gegen Deutschland hegten. Bei ihrer Stellungnahme nehmen sie nur Rücksicht auf die ganzen deutschen Verhältnisse und speziell auf die der deutschen Buchbinder. Er spricht den Deutschen volles Vertrauen und alle Hochachtung vor deren Organisations-talent aus. Das Sekretariat wird wieder nach Deutschland kommen, sobald erst einige Zeit verstrichen sein wird. Fischer-Prag äußert sich in gleichem Sinne. — Die hierauf gefällte Wahl ergibt im ersten Wahlgang, daß für Deutschland 27 Stimmen abgegeben werden von 88. Dafür stimmten außer der deutschen Delegation mit 23 Stimmen nur Österreich und Ungarn mit je 2 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde dann die Schweiz mit 67 abgegebenen Stimmen bei einer Enthaltung als Sitz des Internationalen Sekretariats gewählt und Kollege Hochstrasser-Bern zum Internationalen Sekretär bestimmt. Dieser wird das Sekretariat auch auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress vertreten.

Hierauf wurde einem Antrag der skandinavischen Vertreter zugestimmt, eine Repräsentantenschaft zu bilden, die zwischen den Internationalen Konferenzen in der Regel einmal jährlich zusammenzutreten soll. Die fünf Vertreter zu dieser Repräsentantenschaft werden gestellt von der Schweiz als Sitz des Sekretariats mit zwei Vertretern und von Deutschland, England und Italien mit je einem Vertreter. — Die nächste Internationale Konferenz soll in Kopenhagen stattfinden. Damit war die 4. Internationale Buchbinder-Konferenz am Ende ihrer Arbeiten, und mit einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Brüller-Berlin, in dem dieser darauf hinwies, daß die Konferenz unter dem auf dem Banner der Berner Kollegenschaft eingesetzten Wahlspruch: „Der Macht der Arbeit vertrauen wir die Zukunft“ getagt habe, wurde sie geschlossen.

Am 1. Oktober fand dann noch eine Aussprache mit dem nach Schluß der Konferenz in Bern eingetroffenen zwei Delegierten der russischen Kollegenschaft statt. Nachdem diesen ein kurzer Ueberblick über die Beschlüsse der Konferenz gegeben war, beantragten sie „Die Amsterdamer Internationale“ auf die Tagesordnung der Be-

sprechung zu setzen. Diesem Verlangen konnte nicht stattgegeben werden, da bereits die Vertreter von 6 Nationen Vern verlassen hatten und darum die Aussprache nur rein informativ Charakter tragen konnte. Van der Waal-Amsterdam betonte gleich den Vertretern Italiens die Schwache Beteiligung. Er hielt eine Diskussion über „Moskau oder Amsterdam“ nicht als Aufgabe einer internationalen Berufskonferenz. Jede Organisation sei ihrer Landeszentrale angeschlossen und diese wieder bilden in ihrer Gesamtheit die große Internationale. Für uns sei es zunächst von Interesse, objektive Mitteilungen über die beruflichen Verhältnisse in Rußland zu erhalten. Einer der russischen Kollegen erklärte darauf, daß sie lediglich Informationen geben wollten. Sie verlangten gar nicht, daß aus der einen Internationale ausgetreten und in die andere eingetreten werde. Der Zweck der russischen Delegation sei erreicht, wenn die Niederschrift der Aussprache dem Konferenzprotokoll angefügt werde und dadurch in die Hände der Mitglieder käme. Nachdem van Staeyen-Brüssel von den russischen Kollegen eine Erklärung darüber bezugte, ob sie den Anschluß an das Internationale Buchbinder-Sekretariat zu vollziehen gedächten, was bejaht wurde, nahm der eine der russischen Vertreter das Wort zu längeren Ausführungen über die Verhältnisse in Rußland. Der späte Einzug der Industrie in Rußland hat den Auf- und Ausbau der russischen Gewerkschaften nach westeuropäischem Muster verhindert. Die Revolution von 1905 habe erstmals die Möglichkeit gegeben, Organisationen zu schaffen auf legalem Wege. Das Anwachsen derselben habe fähige Verfolgungen und auch Auflösungen gebracht, so daß vorwiegend illegale Verbindungen geschaffen wurden. Durch die Februar-Revolution von 1917 seien dann alle Hindernisse beseitigt worden und in kurzer Zeit ist der Mitgliederstand auf über 2 Millionen gestiegen. Die November-Revolution von 1917 brachte den Gewerkschaften die führende Rolle in der Staatsinstitution und in der Parteioorganisation. Die russischen Gewerkschaften seien jetzt politisch nicht neutral insofern dieser führenden Rolle, aber sie seien doch auch wieder politisch neutrale Institutionen, weil alle Parteirichtungen in ihren Mitgliederkreisen vertreten sind. Der Aufbau der Wirtschaft liegt in Rußland auf den Schultern der Gewerkschaften, die nach kommunistischen Grundsätzen durch die einzelnen Industrieverbände daran mitarbeiten. Die graphischen Gewerbe haben früher immer mit an der Spitze gestanden, jetzt seien sie an die letzte Stelle gerückt. Die bürgerliche Presse wurde unterdrückt und dadurch eine große Arbeitslosigkeit in graphischen Gewerbe herbeigeführt. Hiergegen kämpften namentlich die Buchdrucker an, die als Folge davon von der gesamten Arbeiterschaft wenig geachtet werden. Es bildeten sich zwei Organisationen, von denen die eine unter dem Einfluß der Volkswissen, die andere unter dem der Menschewiki stand. Letztere ist in der Zwischenzeit aufgelöst worden, so daß jetzt nur noch eine Organisation bestehe, die als kommunistischer Verband bezeichnet werden könne. Aus Anlaß des Besuchs einer englischen Delegation nach Moskau eine große Buchdruckerversammlung stattfanden, in der die zahlreichen Anhänger der Menschewiki unter diesen bitteren Klagen über die Unterdrückungen führten. Die Verwunderung der englischen Delegation über solche Unterdrückungen im „freien“ Rußland erklärte der Redner als aus falschen Informationen herrührend. Während des Krieges gegen Polen hätten die Menschewiki gegen den Krieg demonstriert und Streiks einzuleiten versucht, so daß vor circa vier Monaten die Auflösung der menschewikisch gerichteten Organisation notwendig geworden wäre. Die entsetzlichen Leiden der russischen Arbeiterschaft haben es mit sich gebracht, daß sie heute nur noch wenig leistungsfähig seien. Ein deutscher Maschinenschreiber müsse z. B. pro Stunde 6500 Buchstaben setzen, ein russischer könne pro Tag nur 7000 setzen. Rußland könne seinen Kampf nur mit Unterstützung der internationalen Arbeiterschaft führen, wobei anerkannt sei, daß der deutschen Arbeiterschaft durch die Entente die Hände zu sehr gebunden seien, um größere Hilfe bringen zu können. Mit der beruflichen Internationale wollen sie in Verbindung treten, denn sie anerkennen das gute Wirken derselben. — Auf mehrfache direkte Befragung wurde von den russischen Kollegen mitgeteilt, daß der graphische Industrieverband 75 000





ungulänglich. Sie müssen sich so wandeln, daß sie den neuen Aufgaben gewachsen sind. Er hält die von Wissell usw. vorgetragene Anschauungen für Hemmnisse, für den größten gegenrevolutionären Faktor. Er ersuchte dringend, sich nicht am Traum und Tran zu stoßen, sondern vorzudringen auf den Kern des Problems, denn wir leiden alle unter der Not. Wer sich auf den Boden des Geistes stellt, ist bewußt oder unbewußt Werkzeug der Konterrevolution. Man müsse sich darüber klar werden, daß der von ihm gezeigte Weg vorübergehend in noch größeres Chaos führt; dann bringe er uns aber auch wieder heraus.

Der zweite Korreferent Müller widersprach der Behauptung, daß die Anhänger der selbständigen Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften zerstückeln; oder die Betriebsräte über die Gewerkschaften stellen wollen. Niemand könne glauben, daß die Gewerkschaften allein den Befreiungskampf des Proletariats führen können. Wir müssen versuchen, alle Arbeiter, ob sie gelb, blau oder schwarz organisiert sind, in den Kampf hineinzuführen. Wir haben deshalb auch die Pflicht, sämtliche Betriebsräte zusammenzuführen. Es handle sich nicht um das Zeranziehen der Organisationen, auch nicht der Führer. Was wir haben wollen, sind die Arbeiter, die in diesen Organisationen stehen und ihre Betriebsräte. Auch Kautsky habe sich für selbständige Räteorganisation ausgesprochen. Die Gewerkschaften seien zu bürokratisch. Die Betriebsräte sollen in diesen starren Apparat hineingezwängt werden. Müller suchte dies an der Hand einzelner Bestimmungen in den Richtlinien für freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und in dem Entwurf über die Funktionen des Beirats der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Deutschlands nachzuweisen.

Müller will den Gewerkschaften ihre Betriebsräte nicht streitig machen, denn die Betriebsräte sind ja gemeist die Vertrauensleute der Gewerkschaften. Ja, er will sie dabei unterstützen, aber darüber hinaus die Erfassung aller Betriebsräte. Diese selbständige Betriebsräteorganisation muß beweglich sein. Sie kann auf dem einen Wirtschaftszweig nicht so ausgebaut sein wie auf dem anderen. Sie muß sich den Kampfbedingungen anpassen. Es handelt sich nicht darum, eine Konterrevolution zu schaffen. Die Verbindung mit den Gewerkschaften soll und muß sehr eng sein. Wenn die Gewerkschaften allein imstande wären, diesen Kampf zu führen, dann hätten sie ihn längst führen müssen. Diesen Kampf können die Gewerkschaften allein nicht führen. Dieser Kampf muß von der Gesamtarbeiterschaft geführt werden. Müller wies sodann darauf hin, daß die Arbeitslosen von gewissenlosen Elementen aufgereizt werden. Auch da entstehen Aufgaben, die die Gewerkschaften allein nicht lösen können, sondern die die Gesamtarbeiterschaft lösen muß. Er versuche die Gewerkschaften zu revolutionieren und in Verbände aller Hand- und Kopfarbeiter umzuformen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte werden sich im Laufe der Zeit zu einem einheitlichen Organismus zusammenschmelzen müssen.

Zu Beginn der Diskussion wurde beschlossen, daß in der Aussprache abwechselnd ein Anhänger und ein Gegner der selbständigen Betriebsrätezentrale zum Worte zugelassen werden sollte. Vorher jedoch erhielt auf Beschluß des Kongresses zunächst der russische Genosse Losowsky das Wort zu längeren Ausführungen über die Erfahrungen mit den Betriebsräten in Rußland, die jedoch beim Kongress wenig Aufmerksamkeit fanden. Dadurch wurde die wenige Zeit, die für die Aussprache zur Verfügung stand, noch mehr beschränkt und es konnten nur noch zwei Redner für die Vorschläge des A. D. G. W. und der I. S. A. und einer dagegen sprechen. Dann wurde ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen, was wiederum großen Unwillen erregte.

Brandler betonte in seinem Schlußwort von neuem, seine Genossenschaftsgenossen hätten nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu zerstören. Wer das Gegenteil behauptet, der lüge. Die Zusammenfassung der Betriebsräte neben den Gewerkschaften bedeute keine Zerstörung, sondern eine Teilung der Arbeit. Er empfahl die Anträge von Mitgliedern der I. S. P. und der A. D. G. W. auf Schaffung einer Zentrale von 30 Mitgliedern und je 5 Mitgliedern der I. S. A. und des A. D. G. W. Nach dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes und der I. S. A. sollen die Betriebsräte bevormundet werden. Die Gewerks-

chaften seien konterrevolutionär; sie hätten uns in den Sumpf geführt, in dem wir uns jetzt befinden.

Dijman erklärte in seinem Schlußwort, daß in der Beurteilung der gegenwärtigen Sachlage und seine Weltanschauung trenne. Wenn Prolat, Norkal und er gemeinsam für die Zusammenfassung der Betriebsräte eintreten, dann stehen wir politisch doch nicht auf demselben Standpunkt. Wenn wir auf einen gemeinsamen Kampfboden kommen wollen, dann dürfen wir den Andersdenkenden nicht beschimpfen, sondern müssen ihn durch sachliche Argumente zu überzeugen suchen. Bei der praktischen Arbeit wird sich zeigen, wer der wirkliche Revolutionär ist. Die Kernfrage ist: Selbständige Betriebsrätezentrale oder Zusammengehen mit den Gewerkschaften. Dijman verwies noch darauf, daß der Vorsitzende des Russischen Metallarbeiterverbandes, Schapnitoff in einer Broschüre gesagt hat, die Fabrikkomitee (russische Bezeichnung für Betriebsräte) seien verantwortliche Organe der Gewerkschaften. Von Moskau wird dagegen verlangt, daß wir die internationale Gewerkschaftszentrale zerstückeln. Es sei eine böswillige Verleumdung, die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als gelb zu verächtlichen. Wir halten an der Amsterdamer Internationale fest. Die hier vertretenen Betriebsräte können nicht anders entscheiden als für die Zusammenarbeit mit ihren alten Kampforganisationen. Umlingt es uns, die Gewerkschaften mit den Betriebsräten auf einem gemeinsamen Kampfboden zu vereinen, so ist die Zukunft unser. (Schluß folgt.)

**Der Kampf im Berliner Zeitungs-gewerbe**

Durch Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums ist der entbrannte Kampf im Berliner Zeitungs-gewerbe beendet worden. Der zwischen dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungs-gewerbe und dem Verband der Deutschen Buchdrucker, dem Verband der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, dem Deutschen Transportarbeiterverband auf Grund dieser Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am 13. Oktober abgeschlossene Vergleich lautet:

1. Sämtliche Arbeitnehmer werden wieder eingestellt, und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.
2. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, den 14. Oktober, mittags 12 Uhr.
3. Bei der nächsten Lohnzahlung, spätestens bis Sonnabend, den 16. Oktober, erhalten die Arbeitnehmer 75 Proz. des Lohnes einschließlich der übrigen Zulagen für die ausgefallenen Tage. Die Zahlung der restlichen 25 Proz. wird von der Entscheidung eines vom Reichsarbeitsministerium einzusetzenden Schiedsgerichts abhängig gemacht, welches zu der Streitfrage grundsätzliche Stellung nehmen soll.
4. Diese Abmachung gilt zugleich für alle Organisationen, die Angehörige im Zeitungs-gewerbe haben.

Der Vergleich zwischen dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungs-gewerbe und dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, und dem Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungs-gewerbes besagt:

1. Die Gehaltsätze des Tarifvertrages vom 31. Mai erhalten folgende Abänderungen: Die Gehaltsgruppen A und B erhalten einen Zuschlag von 12 Proz. für Ledige und von 15 Proz. für Verheiratete. Die Gehaltsgruppen C und D erhalten einen Zuschlag von 10 Proz. für Ledige und von 12½ Proz. für Verheiratete. Lehrlinge und Ungelernte erhalten einen Zuschlag von 15 Proz. Adressenschreiber und diätarisch beschäftigte Hilfsarbeiter erhalten unter 20 Jahren einen Zuschlag von 3 Mk. täglich, über 20 Jahre einen Zuschlag von 4 Mk. täglich.
2. Diese Zahlungen gelten für die Zeit vom 15. September bis 31. Dezember.
3. Streiktage werden nicht bezahlt.
4. Sämtliche Angestellten werden wieder eingestellt, und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.

5. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, mittags 12 Uhr.

Auf Grund dieser Vergleiche ist die Arbeit im Laufe des 14. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Frage der indirekten Streikarbeit, die bei diesem Lohnkampf die größte Rolle spielte, werden wir in nächster Nummer einiges sagen.

**Das Existenzminimum im September.**

Das Existenzminimum einer Familie mit zwei Kindern soll nach den Berechnungen Dr. Kuzjinskis für Berlin im Monat September wiederum etwas gesunken sein und jetzt 296 Mk. pro Woche oder jährlich 15450 Mk. betragen. Diese Berechnungen erscheinen uns jedoch u. a. um deswillen anfechtbar, weil Dr. K. für Bekleidung nur denselben Betrag wie im August einstellt. Nun sind aber die Preise für Bekleidung im letzten Monat wieder erheblich gestiegen, so daß schon um deswillen eine Erhöhung der Bekleidungskosten sich rechtfertigt. Es kommt aber weiter hinzu, daß der letzte September und mit ihm das Herannahen des Winters erheblich stärkere Aufwendungen für warme Bekleidung erforderten. Berücksichtigt man ferner, daß im Monat Juni, als die wöchentlichen Aufwendungen für Ernährung gleich jetzt im September 121 Mk. betragen für Bekleidung 84 Mk. angesetzt wurden, so wird man unseres Erachtens nicht fehlgehen, wenn man für September mindestens denselben Betrag für Bekleidung einstellt. Durch dieses durchaus gerechtfertigte Verlangen erhöht sich aber das Existenzminimum um mindestens 14 Punkte und würde pro Woche 310 Mk. oder jährlich 16200 Mk. betragen. Dieses vorausgeschickt, lassen wir nunmehr die Ausführungen Dr. K. folgen:

Nachdem die Kosten des Existenzminimums bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Im September waren sie ungefähr ebenso hoch wie im August. Daß die Entwicklung in den Vormonaten so sprunghaft verlief, beruhte vor allem darauf daß die Schwankungen des Preisniveaus für Kleider, Mäde und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Rohstofflieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Ob der Versorgungszustand, der nunmehr erreicht ist, von Dauer sein wird, dürfte vor allem von dem Angebot und den Preisen derjenigen Lebensmittel abhängen, für die die Zwangswirtschaft aufgehoben oder gelockert worden ist.

Die rationierten Nahrungsmittel waren im Verdickmonat wiederum sehr teuer. In Groß-Berlin z. B. kosteten Brot, Zucker und Milch 6mal soviel wie vor sieben Jahren, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Ekmalz 22mal soviel. Im ganzen ergibt sich hier eine Wertsteigerung auf das Zwösfache. In den fünf Wochen vom 30. August bis zum 3. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Sept. 1920	Preis Sept. 1913
9500 Gramm Brot	2250	233
600 " Nahrungsmittel	487	30
9500 " Kartoffeln	665	48
1250 " Fleisch	2815	237
100 " Butter	375	27
750 " Schmalz	2550	114
875 " Zucker	350	41
250 " Kurpfennig	365	15
	9357	750

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 9357 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 750 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 9300 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von vier bis fünf Jahren benötigt. Unter Zukauf der billigsten Nahrungsmittel, die noch zur Ernährung fehlen, könnte eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren mit 121 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stuben und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk., für Heizung 14,90 Mk., für Beleuchtung 6,60 Mk.



im Laufe der Zeit immer mehr aus dem geselligen Leben zurückzieht; er vereinsamt, ja, es bildet sich sogar nicht selten eine gewisse Menschenhede bei ihm heraus, die selbst seinen nächsten Angehörigen oft große Schwierigkeiten bereitet.

Im Hinblick darauf wäre es überaus wünschenswert, wenn auch die Gewerkschaften der Schwerhörigenfrage ungeachtet ihrer Aufmerksamkeits zuwenden würden. Dabingehende Anregungen habe ich bereits im Kriegsjahre 1918 in einem Artikel: „Die Gewerkschaften und die schwerhörigen Arbeiter“, veröffentlicht in Nr. 8 der „Neuen Zeit“, niedergeschrieben. Diese Anregungen dürften heute eine günstige Aufnahme finden als in der vom Kriegslärm erfüllt gewesenen Zeit. Deshalb verlohnt es sich wohl, darauf zurückzukommen, und ich gebe sie mit unwesentlichen Kürzungen nachstehend wieder.

Ausgehend von der Tatsache, daß gerade der Schwerhörige — bedrückt durch sein Gebrechen — ein überaus williger Arbeiter ist und daß er deshalb dem Arbeitgeber aber leider auch oft eine billige Arbeitskraft bietet, die dieser leicht zu Lohnbrudrzweden gegen die normalhörenden Arbeiter auszuspielen kann, schrieb ich dann weiter:

„Durch die niederdrückende seelische Verfassung und insbesondere durch die schlechtere Entlohnung ergibt sich eine immer schärfer in Erscheinung tretende Entfremdung zwischen der aufhörenden und der schwerhörigen Arbeiterschaft, die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft zu bebauern ist.

Der seelischen Verfassung und sozialen Lage der schwerhörigen Arbeiter haben die Gewerkschaften noch wenig Beachtung zuteil werden lassen, und doch ist diese für die Zusammenfassung aller Arbeiter in den Gewerkschaften von großer Bedeutung. Gerade die schwerhörigen Arbeiter stellen einen großen Prozentsatz der gewerkschaftlich und politisch gleichgültigen Arbeiter. Solange die Schwerhörigkeit noch keinen hohen Grad erreicht hatte, waren sie oft Mitglieder ihrer Organisationen und an der Besserung ihrer Lage beteiligt. Mit der Zunahme des Leidens nahm aber das Interesse an der Organisation bei ihnen immer mehr ab; ja, sie fehlten der Organisation ganz den Rücken in der Annahme, von nun ab einzig auf das Wohlwollen der Unternehmer alle Hoffnungen auf Besserung und Festigung ihrer Lage setzen zu müssen. Der Appell an das Gemeinschaftsgefühl wird bei den schwerhörigen Arbeitern nur selten zum Erfolg sein. Um die Organisationsfähigkeit der schwerhörigen Arbeiter zu fördern, wäre es notwendig, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Gewerkschaftsbund) in allen größeren Städten eine „Zentralstelle für schwerhörige Arbeiter aller Berufsarten“ einrichtet, die die Aufgabe hätte, sich in erster Linie die seit einigen Jahren in den Handel gebrachten elektrischen Gruppenhörer für Schwerhörige zu Veranlassung- und Bildungszwecken dienstbar zu machen, um auch den schwerhörigen Arbeitern das gesprochene Wort zu Gehör zu bringen. Die Versammlungen und bildenden Veranstaltungen müßten gesondert von denen der aufhörenden Arbeiter stattfinden, was jede Annäherung unter den Teilnehmern ausschließen würde. Der Versammlungsraum muß den schwerhörigen Arbeitern an den freien Abenden gleichzeitig zu ungenutzten Zusammenkünften und als Versammlung offenstehen. Das Lebensbedürfnis ist bei dem Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter nicht geringer, sondern eher größer als bei den aufhörenden. Die Anschaffung einer eigenen Ausleihbibliothek wäre vorzuziehen von untergeordneter Bedeutung, weil den organisierten Arbeitern die Entlehnung von Büchern aus den Bibliotheken ihrer Berufsorganisationen freisteht. Dagegen müssen Tageszeitungen und periodisch erscheinende Zeitschriften politischen, sozialen und naturwissenschaftlichen Inhalts ausgelegt werden. Auch die Anregung einer archiva-lischen Sammlung aller Veröffentlichungen, die in die Gebiete der Chronikstudie und der sozialen Fürsorge eingreifen, wäre ratsam. Weiter muß dem in hoher Blüte stehenden Heilmittelschmied für Ohrenheilkunde entgegengegriffen werden, um die schwerhörigen Arbeiter vor der schmutzigen Reflektoren jener gewissenlosen Menschen zu schützen, die sich ihr Tätigkeitsfeld mit Vorliebe unter der leibenden Menschheit wählen. Die Partei- und Gewerkschaftspresse dürfte ihre Spalten zu diesem Zweck der Zentralstelle gern zur Verfügung stellen.

Den Gewerkschaften fielen ein großes moralisches Verdienst um die Schwerhörigen zu, wenn sie auf Grund dieser Unterlagen dazu beitragen, daß die soziale Fürsorge für schwerhörige Arbeiter von den Trägern der Sozialversicherung recht bald in die Wege geleitet wird. Dies ist um so dringender nötig, weil auch unzählige, durch die heftigen Artilleriekämpfe und insbesondere durch Infektionskrankheiten an ihrem Hörgang geschädigte Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehren werden, die

ihrer früheren Beruf infolge von Schwerhörigkeit werden aufgeben müssen.

Die geschäftliche Leitung der Zentralstelle und die Wahrnehmung der Interessen der schwerhörigen Arbeiter muß von organisierten, aufhörenden Arbeitern ausgeübt werden, die von den schwerhörigen Mitgliedern zu wählen sind. Vorschläge zur Wahl der Geschäftsleitung können aus den Reihen der Schwerhörigen und von der Generalkommission der Gewerkschaften gemacht werden; wahlberechtigt dagegen dürfen nur die schwerhörigen Mitglieder sein. Als gewählt ist derjenige zu betrachten, auf den die absolute Stimmenmehrheit entfällt.

Nun könnte mir entgegengehalten werden, daß neue gewerkschaftliche Aufgaben auch neue Mittel erheischen, die nicht auf den schwerhörigen Arbeitern auferlegt werden können. Das erstere ist richtig, das letzte aber eine irrige Einwendung. Ein mäßiges Einschreibegeld und einen moralischen Extrabeitrag würden die schwerhörigen Arbeiter gern leisten, wenn es gilt, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu bessern. Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern könnte das Einschreibegeld fortlassen; selbstverständlich darf der Beitrag zu der Zentralstelle die Zugehörigkeit zu der einschlägigen Berufsorganisation nicht aufheben, sondern muß sie zur Verbindung machen.

Entschließen sich die Gewerkschaften, diesen Anregungen zu folgen, dann können sie des Zuspruchs der schwerhörigen Arbeiter sicher sein. Die Einrichtung selbst dürfte auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen, aber viel neue Lebenslust und Stärkung des Selbstbewußtseins bei den schwerhörigen Arbeitern auslösen. Auch die Kampfpositionen der Gewerkschaften würden hierdurch eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Zentralstelle würde in kurzer Zeit Tausende von Mitgliedern aufweisen, die auch für die einschlägigen Berufsorganisationen gewonnen sind, denen sie meist nur aus Scham oder Mißtrauen auf Grund ihres Leidens heutzutage fernstehen.“

D. Weischwang,  
Berlin O. 84, Romintener Str. 8.

**Aus unserem Beruf.**

**Das deutsche Buch auf der Frankfurter Herbstmesse.**

In den Rahmen der dritten Frankfurter Herbstmesse fügt sich wirksam die von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel veranstaltete Sonderausstellung „Das deutsche Buch“ ein. In einem der schönsten Reihenhäuser, der Viktoriaquade, die vollständig für diese Sonderausstellung einen Umbau erfahren hat, ist sie aufgenommen. „Das deutsche Buch“, unser bester Freund und Helfer, das anscheinlichste Hülfsglied aus der Rüstammer des deutschen Geistes, ist würdig vertreten. Würdig war auch die feierliche Eröffnung durch den Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel, Prof. Rippenberg. Die Ausstellung soll, losgelöst von allem Technischen und Gewerbliden, zeigen, wie es um die geistige Produktion des heutigen Deutschlands steht. Sie wendet sich in gleicher Weise an den großen Kreis der Gebildeten des In- und Auslandes sowie an die Fachleute der gesamten Welt, die sich mit dem Herstellen und dem Vertrieb eines Buches befassen. Von der Niederschrift des Autors zum Verleger, Copier, Korrektor, in die Schnellpresse, zum Falzen, Heften und Beschnitten, Einbinden und Expedieren ist ein langer Weg, getränkt mit einem gerüttelten Maß vollendetster Fachkenntnis und Technik. In humorvoller Weise schildert dies ein Wandgemälde, das sich in der Abteilung „Die Entstehung des Buches“ befindet.

Reben Satz und Druck nimmt einen breiten Raum die Arbeit des Buchbinders in der Abteilung ein. Sämtliche Phasen seiner Arbeit werden gezeigt, von ein- und zweifach gefalteten Bögen bis zum Heften und Rückenleimen. Vom Beschnitten schreitet die Arbeit weiter bis zur Einbandende, zum fertigen Band, der wieder in Falbleinen, Pappband und Galbleider in prächtigen Exemplaren vertreten ist. Die Handheftung auf Bindfaden statt Maschinenheftung auf Gasse, ferner mit Seide von Hand beschnittenen Kapitalband statt angeklebtem wird besonders treffend veranschaulicht. Eine große Anzahl hochgebundener Luxusausgaben bewundert Fachmann und Laie. Neidlich ausschließend sind Bindstoffe, Buntpapier (Polymobeldruck), ferner auch italienisches und japanisches. Ein prächtiger Pergamentband mit Handvergoldung (Entwurf Prof. Niemann) fällt besonders in die Augen, ebenso ein Ledereinband mit Handprägung und Intarsien (Entwurf Schwerdfeger, Frankfurt). Hervorragend schön ist ein handgemalter Pergamentband, ebenso ein Pergamentband mit Schließen. Es zeigt diese Abteilung die Arbeit des Buchbinders in allen ihren Stadien, daneben aber auch die Entstehung der

Schrift und den Werdegang des gesamten Druckes von der schreibenden, zeichnenden und malenden Hand bis zum Maschinenbau, Reihbügel, Strichätzung, Vierfarbendruck, Holzschnitt, Licht- und Steindruck in verschiedenster Ausführung und Ausfüh-rung sind vertreten. Wie ungeheuer wichtig die Anordnung des Textes im Druck ist und wie die Schriftzeichen die Träger der Stimmung eines Buches sind, zeigt sich an trefflichen Beispielen in verschiedenen Drucken von Goethes „Werther“. Auch das Zusammenwirken von Schrift und Bild wird in vollendeter Weise veranschaulicht. Die Ablesung „Entstehung des Buches“ bietet nicht nur dem Fachmann wertvolle Anregung zur Erstrebung weiterer Vervollkommnung in seiner Kunst, sie vermittelt auch dem Laien die Kenntnis der mühevollen Arbeit, die zu leisten ist bis ein Werk des Geistes vollendet in die Hand des Lesers gelangt. Daß hierbei die Buchbinderkunst berufen ist, hervorragend mit-zuwirken, wenn die Schnellpresse ist die großen ungeschätzten Vögen übergibt, daß große Werte in ihre handwerklich geschulte, kunstgeübte Hand gelegt werden, wird weiten Kreisen durch diese Ausstellungsabteilung klar. Die geschmackliche Ausbildung des Buchbinders, der doch in vielen Fällen vom Verleger mit zu Rate gezogen wird, kann in vielen Fällen für den Erfolg eines Wertes mit von ausschlaggebender Bedeutung sein, und hier zeigt die Ausstellung, daß oft mit geringen Mitteln von gutem Geschmack zugehende Einbände herzustellen sind. Die älteren, erfahrenen Fachleute werden an der Ausstellung kern und zu der Erkenntnis kommen, daß in der Buchbinderei die künstlerische Durch-bildung des Lehrlings unerlässlich ist.

Besonders zu erwähnen sind noch „Eine Ge-lehrtenstube aus dem 18. Jahrhundert“, „Das deutsche Buch im 19. Jahrhundert“, die Sonderaus-stellung wissenschaftlicher Institute, Vereinigungen und Körperschaften der Stadt Frankfurt, ferner die Bibliothek im bürgerlichen Heim, im Wohnraum einer Dame, eines Kunstschaffstellers, im Kinder-zimmer, im Regie- und Arbeitszimmer eines Theaterleiters, eines Arztes, im Gartenpavillon, eines Wälderfreundes, eines Architekten, eines In-tenieurs und im Mühlisalon. Im Raum des Haupt-schriftleiters einer großen Tageszeitung hat man ein Stück der Ausstellung besesehen, — den großen Papierkorb. Durchmesser und Buchausstellung sind in ansehnlichem Rahmen glücklich vereinigt. Deutschland wird das Zentrum der eifrigsten Vermittlung bleiben. Die Würde der Armut, die Deutschland braucht, soll sich im deutschen Buch zeigen. Aber auch Buchausstellungen anderer Länder auf deutschem Boden willkommen heißen. So wird dem geistigen Verkehr aller Völker gebiet.

**„Aus Büchern wurden Wehl und Erbleu“.**

Der Bucher- und Buchhandel zeigst so manches, was uns an die Märchenwelt „Aus tausend und eine Nacht“ erinnert. Die Bibel berichtet dar-über, was früher für Wunder geschahen. Aus Wasser wurde sogar Wein auf der Hochzeit zu Nonaan. Daß dergleichen Wunder auch im Jahre 1920 noch geschahen, mußten wir Erblichen vor einiger Zeit erleben. „... Soget nicht für den morgenden Tag, denn der morgende Tag wird für das Seine sorgen. ...“ Das und noch vieles, das ähnlich klingt, steht in der Bibel zu lesen, und so predigte auch der Pfarrer W. in Fr. von der Kanzel herab. Aber die Sonne bringt es an den Tag. Diesmal waren die Sonne die Zahnbeamten, die etwas zu schatz mit der Silguifiste umprangen, die als Empfänger des Pfarramt zu St. Marien an-gibt, 64 Kilogramm schwer ist und „Bücher“ ent-hält. Die Kiste ist entzweigegangen und — siehe da — aus den Büchern waren unterwegs schöns weisses Wehl und Erbleu geworden. Zum großen Leid des Herrn Pfarrers wurde die Kiste mit den verwandelten Büchern beschlagnahmt und dem Na-terungsmittellamt überdiesen.

**Berichte.**

Berlin. Die Liniererverammlung vom 12. Oktober erstreckte sich eines lehrer regem Zuspruchs. Von 27 vorhandenen Betrieben waren 21 ver-treten. In erster Linie stand der Liniererver-tarifenwurf zur Besprechung. Mit ge-tingen Abänderungen wurde der Entwurf ange-nommen. Eine Resolution, welche zum Aus-druck brachte, daß der Tarif der Radfahrer wegen nicht von Buchbindern bei den Verhandlungen ver-treten werden kann und unbedingt die Zugiehung von Linierern verlangt, wurde einstimmig ange-nommen. Als besonders zu begrüßender Umstand wurde mitgeteilt, daß die Agitation in der Provinz gewaltige Fortschritte macht und sich immer mehr zur einheitlichen Zusammenfassung der Branche aus-wächst. Es der arbeiter für uns in Betracht kom-menden Städte haben ihre Mitarbeit zugesagt, und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die noch fehlenden Orte bald folgen werden. Ferner



Beschloß die Liniereerkommision, auf vielseitige Anregung der Provinz, die Zentrale für ganz Deutschland zu bilden.

Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten erledigt wurden und der Bericht von der Generalversammlung der Zahlstelle gegeben war, schloß die überaus gut besuchte Versammlung.

Breslau. Auf Verlangen der Kollegenschaft der Kartonnagenbrände fand am 12. Oktober eine Brandensammlung statt, die sich mit der Frage befaßte: Können wir mit den jetzt gezahlten Löhnen bis 30. November auskommen? Kollege Rappert legte den Versammelten dar, daß wir laut Abkomanz vom 25. und 26. August an den jetzigen Zustand gebunden sind, wenn nicht die jetzt bald stattfindenden Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne des Buchbinderzastarifs zu einem Ergebnis führen.

Nach längerer Aussprache erklärte die Versammlung, mit den jetzigen Löhnen bei der erneut einsetzenden enormen Teuerung des zum Lebensunterhalt notwendigen unmöglich bis zum Ablauf des geltenden Lohnabkommens, d. h. bis zum 30. November, auskommen zu können. Sie forderte, daß die Brandensammlung sofort beim Tarifausbau und Verbandsvorstand vorstellig wird, damit diese die dazu nötigen Schritte unternehmen, so daß eine Erhöhung der Löhne mindestens schon am 1. November eintritt. An der Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten und dem Verband Deutscher Buchbinderfabrikanten wollen wir festhalten, erwarten aber, daß den Arbeitgebern Nachgemacht wird, daß diese der Not der Arbeiter und Arbeiterinnen Rechnung tragen.

Lahr. Eine gutbesuchte Versammlung der Eis- und Kartonnagenarbeitschaft beschäftigte sich am 12. Oktober mit der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen. In eingehendem Reifer behandelte Durr die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Steigerung der Lebenshaltung seit Januar 1921. Große Hoffnungen hat die Arbeiterschaft auf den Preisabbau gesetzt. Leider ist die Preisbildung auch hier gemäßigter gefürchtet worden. Der Preisabbau beschränkte sich zum größten Teil nur auf die von den Kommunalverbänden bewirtschafteten Lebensmittel. Die teilweise Aufhebung der Zwangsverpflichtung auf wichtige Lebensmittel hat den Preisabbau wieder binstufig gemacht, und heute ist die Teuerung wieder größer als je. Was bleibt da der Arbeiterschaft anders übrig, als weitere Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber zu stellen? Einer 100prozentigen Steigerung der Lebenshaltung gegen Januar steht nur eine Aufbesserung des Einkommens um etwa 45 bis höchstens 60 Proz. gegenüber. Der Reichstaxi für die Eis- und Kartonnagenbranche läuft in seinem Lohnabkommen wohl noch bis zum 30. November. Allein die außerordentliche Notlage verlangt eben auch außerordentliche Mittel. Deshalb müssen auch die Arbeitgeber ein Einsehen haben und den beantragten Lohnforderungen zustimmen. Modern unterbreitet der Versammlung Forderungen, die bei den Arbeitgebern eingereicht werden sollen. Nach einer kurzen Debatte wurden die Forderungen gutgeheißen. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, für die Kollegenschaft in Lahr und den Filialen einschließlich der Heimarbeiterrinnen bei der Arbeitgebervereinigung eine 30prozentige Lohnerhöhung zu beantragen.

Der bevorstehende Winter, der in der Lebensmittelpflege zu den schwersten gehören wird, was der Arbeiterschaft bisher aufgebürdet wurde, rechtfertigt die aufsehnlichste Forderung voll und ganz. Die Versammlung appellierte an die Arbeitgeber, der Forderung durch Entgegenkommen und soziale Einsicht gerecht zu werden.

Leipzig. Am 7. Oktober fand eine Versammlung der Geschäftsbuchbranche statt. Der Anregung der Zahlstelle Hannover, eine Konferenz stattfinden zu lassen, wurde zugestimmt. Ferner wurde festgestellt, daß fast alle Betriebe im Zeitlohn arbeiten nach den im Reichstaxi festgesetzten Löhnen. Nur ein Betrieb arbeitet im Akkordlohn. Hier wurden Klagen laut über zu niedrige Akkordlöhne. Die Kollegenschaft dieses Betriebes ist gegenwärtig dabei, einen neuen Vertriebsstabs auszuarbeiten. Als Obmann wurde Manide, als Schriftführer Wolf gewählt. Bis jetzt war die Geschäftsbuchfabrikation in Leipzig nicht von Bedeutung. Klein war die Zahl der am Orte Beschäftigten. In letzter Zeit ist dies durch Zugang eines Großbetriebes anders geworden. Mehr Interesse an Organisationsleben muß aber diese Branche zeigen. Es ist notwendig, daß die Kollegen und Kolleginnen die Gleichgültigkeit abhürten und durch tätige Mitarbeit ihre Lebenslage verbessern helfen. Die am 7. Oktober stattgefundenen Versammlung war sehr schlecht besucht und zeugte nicht davon, daß die revolutionären Zeiten irgendwelchen Eindruck auf die Kollegenschaft dieser Branche ausgelöst haben. Das muß anders

werden. Drum Kollegen und Kolleginnen aus der Geschäftsbuchbranche rüttelt die Säumigen auf, damit auch von Euch gesagt werden kann, daß ihr vollwertige Mitglieder der Organisation seid. Denn so, wie ihr Euch gewerkschaftlich und politisch betätigt und im Betriebe Eure Interessen vertrittet, genau so schätzt Euch das Unternehmens ein. Nur dort, wo eine geschlossene Masse hinter ihren Führer steht, wird es möglich sein, die Erfolge zu erzielen, die den gegebenen Verhältnissen entsprechend notwendig sind. Drum Hand aus! Entsch.

Magdeburg. Im „Leoschen Anzeiger“ erscheint zum dritten Male ein Inserat, worin für sofort ein tüchtiger Buchbinder, welcher im Lesen und Zusammenheften von Mägen perfekt ist, von der Firma E. S. Gies, Siegburg b. Bonn, gesucht wird.

Einem Kollegen, der sich an die Firma wandte, ging darauf das folgende Schreiben zu, das wie weiteren Kreisen nicht vorenthalten wollen:

Um Ihrem Angebot näherzutreten zu können, bitte ich Sie, mir postwendend folgende Fragen zu beantworten?

1. Wo sind Sie geboren?
2. Bei welcher Firma haben Sie zuletzt gearbeitet?
3. Warum wurden Sie entlassen oder gaben Sie die Stellung auf?
4. Haben Sie Krankheiten oder sonstige Altersgebrechen an sich?
5. Wo und bei wem haben Sie gelernt?

Ihrem gest. Antwortschreiben wollen Sie Zeugnisabschriften Ihrer Tätigkeiten der letzten 10 bis 15 Jahre nebst einer Photographie beifügen.

Hochachtungsvoll E. S. Gies.

Mit an diesem Herrn Gies in Siegburg die Zeit so spurlos vorübergegangen, oder fühlt er sich als Unternehmer heute wieder so stark, daß er derartige eingehende Verhöre mit den sich Meldenden anstellt. Wir möchten unsere Kollegen warnen, nicht auf dieses Inserat hereinzufallen, denn der Kollege, dem dieses Schreiben zuzuging und der unter dem Druck der langen Arbeitslosigkeit doch noch darauf antwortete, erhielt die Antwort, daß von seinem Anrechte kein Gebrauch gemacht werden könne. In diesem Falle ist also auch die eingehende Verantwortung der gestellten Fragen nicht zur Zufriedenheit ausgefallen. Und vielen anderen wird es ebenso ergehen, so daß nur geraten werden kann, das Porto zu sparen.

Stuttgart. Die Liniere Groß-Stuttgarts nahmen am 6. Oktober Stellung zu den Aufträgen in der „Buchbinder-Zeitung“, sowie zu verschiedenen Schreiben, die von einigen Zahlstellen in dieser Angelegenheit eingingen. Es kam allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß unter den heutigen Verhältnissen — bei der Vervielfachung der Liniere Maschinen wie auch bei den mannigfachen komplizierten Umaturen — an den Liniere Ansprüche gestellt werden, die betragen, daß dieser Beruf nur von gealterten Arbeitern ausgeübt werden kann und eine Verwendung von Hilfskräften für den Beruf nur von Nachteil ist. Aus diesem Grunde wird die Forderung nach eigenen Brandentarifen als berechtigt anerkannt, bei deren Durchführung hauptsächlich darauf Bedacht genommen werden soll, daß eine Trennung von Männern und Frauenarbeit festgelegt wird, als auch, daß jeder Liniere nur eine Maschine bedienen soll. Ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Zahlstellen wird begehrt, dagegen wird die Errichtung einer selbständigen Sektion abgelehnt und das seitiger Verhältnis beibehalten, das in dem Anschlag an die Kontobuchbranche besteht, in deren Tarifkommission sich eine Vertretung von Kollegen befindet.

Stuttgart. Ihr 40jähriges Geschäftsjubiläum feierte am 7. Oktober die Festerin Kollegin Freitag, die am 7. Oktober 1880 in die Buchbinderei Alb. Crölein eintrat. Die Jubilarin erlebte von den kleinsten Anfängen der Heißbad- und Handpresse den Aufstieg bis zum heutigen vollendeten Großbetrieb mit allen seinen Maschinen der Neuzeit. Eine ganze Lebensarbeit und doch noch frisch an Gesundheit, zeichnen die jetzt 62jährige Jubilarin aus. Von der Kollegenschaft wurde der Arbeitsplatz mit Geschenken reich bedekt, unrahmt mit einem prächtigen Blumenarrangement. Vom Geschäftsinhaber wurde ein namhafter Geldbetrag überreicht. Der Gesangchor des Geschäfts schloß die Feier mit einem innig vorgetragenen Liede.

### Rundschau.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919. Dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften entnehmen wir folgende interessante Zahlen: Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen

Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2.866.012, davon 666.392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7.335.123 (1.612.636 weibliche). Es wurden also fast viermal soviel Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5.479.073 gegen 1.648.318 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Es wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verhehlungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23.682 gegen 10.044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werbearbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Eingenommen wurden für Eintrittsgelder 2.867.280 Mk., Verbandsbeiträge 185.954.818 Mk., örtliche Beiträge 43.998.827 Mk., Extrabeiträge 506.722 Mk., von arbeitenden Mitgliedern in Streitorten 57.181 Mk., Zinsen 4.063.461 Mk., sonstige Einnahmen 10.669.516 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 247.306.838 Mk. Ausgegeben wurden für Unterhaltungen 44.942.793 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Ausparierung 45.800.049 Mk., für Bildungszwecke 15.609.812 Mk., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 36.207.477 Mk., die Verwaltungskosten betragen 59.348.578 Mk., davon persönliche 6.984.344 Mk., sächliche 5.484.917 Mk. und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gauen 46.870.317 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 201.408.709 Mk., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 133.180.069 Mk., davon in den Hauptstellen 107.503.081 Mk.

Die siebente Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vollzog die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Die Wahl geschah nach Industriegruppen und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe Baugewerbe, keramische und Glasindustrie: Paczlow (Bauarbeiterverband), Stellvertreter Streine (Malerverband); Nahrungs- und Genussmittelindustrie und Fabrikarbeiter: Schmidt (Landarbeiterverband), Stellvertreter Brey (Kfz-Arbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, künsterliche Berufe: Geib (Buchdruckerverband), Stellvertreter Hauelsen (Buchbinderverband); Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie: Simon (Schuhmacherverband), Stellvertreter Jädel (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeiter: Scheffel (Eisenbahnerverband), Stellvertreter Urban (Angelegenheitsverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie: Dzhmann (Metallarbeiterverband) und Due (Vergharbeiterverband), Stellvertreter Mebe (Maidmitten- und Heizerverband) und Tarnow (Holzarbeiterverband).

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung: Leistung von Extrabeiträgen für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Extrabeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundesstafierer Kurbe begründete den Antrag mit der allgemeinen Teuerung und mit der Steigerung der Aufgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erkannten einmütig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen, und daß die Angehörigen des Bundesvorstandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränkung der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bestmöglich können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beiträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der noch lebenden Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland vorgestreckt haben, wodurch sich die Zahlung der Extrabeiträge für das laufende Jahr erledigt. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Extrabeitrag bewilligt.

Wichtig für Heimarbeiter. Der zehnprozentige Abzug ist bestimmungsgemäß vom Arbeitslohn einzuhalten. Arbeitslohn erhält, wer in einem dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis eine Arbeit gegen Entgelt verrichtet, wie es in der Regel durch die Beiträge zur Krankenkasse und Invalidenversicherung zum Ausdruck kommt. In einer solchen dienstlichen Abhängigkeit befinden sich selbständige Heimarbeiter nicht. Ihnen darf keine Steuer abgezogen werden, denn sie gelten als Unternehmer. Wo ihnen solche Abzüge gemacht worden sind, muß ihnen der Abzug bei der Steuerentrichtung in Anrechnung gebracht werden. — Anders ist es mit den bei Heimarbeitern beschäftigten Gehilfen, die dem Steuerabzugszwange unterliegen, wie der Fabrikarbeiter auch.

**Entlassungen in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern.** Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, ob dem Betriebsobmann oder dem einzelnen Arbeitnehmer in Fällen, in denen kein Arbeiter- oder Angestelltenrat nach dem Vertriebsratgesetz vorsehen ist, das Recht zusteht, den Schlichtungsausschuss anzurufen, wenn ein Mitglied des Betriebes gegen seine Entlassung Einspruch erhebt. Der Reichsarbeitsminister hat hierauf folgende Auskunft erteilt:

„In Fällen, in denen keine Arbeiterräte oder Angestelltenräte vorhanden sind, können der Betriebsobmann oder -mangels eines solchen die Arbeitnehmerschaft den Schlichtungsausschuss nur auf Grund des § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, also wenn die Kündigung zum Anlaß einer (allgemeinen) Arbeitsstreitigkeit geworden ist, zur Vermittlung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen. Die Rechte aus § 81 ff. des Betriebsratgesetzes haben nur der Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat. Weitergehende Ansprüche sind in der Nationalversammlung abgelehnt worden.“

**Abrechnung**

über den Streif der Buchbinder in Berlin vom 27. bis 31. August.

<b>Einnahme:</b>	
Zentralkasse . . . . .	88 540,- Mfl.
Kontokasse . . . . .	15 661,40
<b>Summa</b> . . . . .	<b>104 201,40 Mfl.</b>
<b>Ausgabe:</b>	
Zentralkasse . . . . .	6 701,90 Mfl.
Kontokasse . . . . .	2 167,-
an 842 verheirat. Koll. 14 176,20 Mfl.	6 701,90
143 ledige Kollegen 5 291,60	2 167,-
580 Kolleginnen 18 897,20	6 789 50
226 Kinder 674,-	-
<b>Summa</b> . . . . .	<b>33 546,- Mfl.</b>
<b>Summa</b> . . . . .	<b>15 661,40 Mfl.</b>

Berlin, den 13. Oktober 1920.  
Franz Ohtomski, Kassierer. A. Gaenelt. R. Vögler.

**Abrechnung**

über den Streif der Wertführer u. W. Wagner, Berlin.

<b>Einnahme:</b>	
Zentralkasse . . . . .	629,25 Mfl.
Kontokasse . . . . .	276,-
<b>Summa</b> . . . . .	<b>905,25 Mfl.</b>
<b>Ausgabe:</b>	
Zentralkasse . . . . .	144,- Mfl.
Kontokasse . . . . .	48,- Mfl.
An 1 verheirateten Kollegen . . . . .	476,25
8 Kolleginnen . . . . .	228,-
1 Kind . . . . .	9,-
<b>Summa</b> . . . . .	<b>629,25 Mfl.</b>
<b>Summa</b> . . . . .	<b>276,- Mfl.</b>

Franz Ohtomski, Kassierer. Paul Wittig, Revisor.  
A. Gaenelt.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 18. Oktober von der Verbandskasse ein von Potsdam-Romawo 1800,- Mfl., Spremberg 1200,- Mfl., Torgau 1200,- Mfl., Markt. Gau 6/7 1091,50 Mfl., Bremen 3300,- Mfl., Hamburg-Altona 111,40 Mfl., Rostock 850,- Mfl., Wismar 600,- Mfl., Braunschweig 2700 Mfl., Hildesheim 600,- Mfl., Osnabrück 591,70 Mfl., Langensalza 600,- Mfl., Roda (S.A.) 293,72 Mfl., Mühlhausen i. Th. 1863,40 Mfl., Dülmen 1000,- Mfl., Srefeld 3000,- Mfl., Chlags 1300,- Mfl., Kaiserlautern 1000,- Mfl., Wiesbaden 1400,- Mfl., Burgstädt 1000,- Mfl., Leipzig 92 300 Mfl., Limbach 4082,33 Mfl., Schmöln 1109,00 Mfl., Würzen 6200,- Mfl., Stuttgart 24 000 Mfl., Erlangen 2000,- Mfl.

Fr. Lender.

**Literarisches.**

Der Volksverband der Bücherfreunde hat es sich zur Aufgabe gemacht, seinen Mitgliedern gute Bücher zu billigem Preis zu liefern. Die Mitgliedschaft ist kostenlos, die Mitglieder sind nur verpflichtet, die in der Jahresschreiberei erscheinenden vier Bände abzunehmen. Diese Bände, enthaltend Werke klassischer und lebender Autoren, je 300 bis 600 Seiten stark, kosten je 9,50 Mfl.

**Erklärung.**

Die Nr. 39 der „Buchbinder-Zeitung“ brachte einen Angriff auf die Berliner Ortsverwaltung und Brandenkennung der Buchbinder, der von einer recht geringen Verantwortung für die Zusammenfassung und Aktionkraft unserer Organisation zeugt. Der Artikel richtet sich zweifellos gegen die Opposition in unserem Verbands und dieser Richtung glaubte man im Schoße des Verbandsvorstandes einen Schlag versetzen zu können. Die Redaktion lehnt nun die Aufnahme einer Entgegnung, welche ihr auf diesen Artikel zugesandt wurde, ab, unter Bezugnahme auf § 74 Abs. 3 des Statuts. Die Ortsverwaltung fordert entschieden die Aufnahme dieses Artikels. Der Passus des Statuts lautet: „Artikel, die Streitigkeiten zwischen dem Verbandsvorstand und einzelnen Mitgliedern sowie Gau- oder Ortsverwaltungen behandeln, sollen in die „Buchbinder-Zeitung“ nicht aufgenommen werden, bevor der in §§ 60 resp. 75 angegebene Beschwerdewege durchgegangen ist.“

Wir sind der Ansicht, daß hier mit zweierlei Maß gearbeitet wird. Man hätte vor Aufnahme des Artikels „Berliner Gewerkschafts-Dilettantismus“ sich dieses Paragraphen im Statut erinnern sollen, dann wäre man nicht in die Lage gekommen, hier parteiisch und einseitig zu handeln. Die Mitgliedschaft hat ein Recht, auch die Gegenseite, die angegriffene Ortsverwaltung, zu hören, und erwarten wir, daß der Verbandsausschuss Gerechtigkeit in unserer Organisation noch zum Durchbruch zu bringen vermag.

Dieses zur Kenntnis der Mitgliedschaft.  
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.  
Dazu ist zu bemerken, daß die Ablehnung des Artikels in der Hauptsache erfolgte, weil der Bevollmächtigte Kaspar die unveränderte Aufnahme der Entgegnung mehrfach kategorisch forderte. Diejenige Verlangen konnte aus Rücksicht auf die Organisation nicht stattgegeben werden.  
Die Redaktion.

**Wertführer**

für Selbsta- und Gebetbuchfabrik, der selbstständig disponieren und in Vohn- und Akkordarbeiten erfahren ist, gesucht.  
**J. Thum, Gebetbuchverlag, Nebelaer.**

**Fensterglas**

ab Hütte in allen Größen geschnitten, liefert in Kisten von 20 qm an, verpackt und frachtfrei jeder Bahnstation, zu 46 Mfl. per qm. Bei kleinen Posten wird Fracht berechnet.  
**Faß & Co., Charlottenburg 9.**

**la Kölner Lederleim**

beschlagnahmefrei.

**Benno Rothmann, Köln a. Rh., Tel. 49208.**

Schneidlesten, weißbuchen, empf. J. Gabel, Gießfeld, Geinumbelstr. 74.



**WIRIL Klebstoffe**

sind allen voran  
Glänzende Begutachtungen  
Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.

Chemisch-Technische Werke  
Willybald Richter  
Leipzig Quersstr. 7/6

Tele. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus 1, Obergeschoß Stand 74/76.

**Der Akkordtarif für Buchbinderarbeiten**

mit Nachtrag wird an Mitglieder gegen vorherige Einfindung von 7,00 einschl. Porto und Verpackungskosten abgegeben. Preis für Nichtmitglieder 13,50 Mfl. Gebendungen nur an Fr. Lender, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I, Postfachkonto 78 810, Berlin NW. 7.